

Wenn Fake News und Twitter auf die Realität treffen

Venezuelas selbsternannter Übergangspräsident ist Anfang April erneut bei seinem Vorhaben gescheitert, mit Rückendeckung der USA die Macht zu übernehmen

Von Helge Buttkereit

Es ist 5.30 Uhr. Die Sonne geht auf. Der Morgen bricht an. Der Morgen des 30. April 2019. Der entscheidende Morgen der „Operation Freiheit“. Im Vordergrund: Juan Guaidó, hinter ihm steht das Militär. Hier, im Osten Caracas, auf dem Militärstützpunkt La Carlota. Guaidó wendet sich in der Morgendämmerung an das Volk und das Militär. Er spricht von einem gewaltlosen Kampf. Ein Kampf, der von der Verfassung gedeckt sei. Er ruft die Soldaten, die Patrioten und Staatsangestellten auf, ihn zu unterstützen. Es gehe ihm um die Wiedererlangung der Souveränität des Landes.

Guaidó spricht in die Kamera eines Mobiltelefons. Er steht ruhig. Ein junger entschlossener Mann, der neben den Worten seine Hände sprechen lässt. Hinter ihm mit entschlossener Mine: Leopoldo López. Der Gründer der Partei Voluntad Popular ist auf freiem Fuß, nicht mehr im Hausarrest. Wenn sein Parteifreund die „Operation Freiheit“ beginnt, ist er mit dabei, befreit von den Soldaten. Einige stehen neben ihm und hinter Guaidó. „Jetzt ist der Moment gekommen“, sagt dieser. „Nicht nur der Moment von Ruhe und Vernunft, sondern auch der Moment von Mut und Vernunft, so dass wieder Ruhe einkehrt in Venezuela.“ Kurz darauf steht das Video auf Twitter und das Ende der „Diktatur“ in Venezuela ist nicht mehr weit.¹

Wenn es nach der venezolanischen Opposition und ihren offenen Unterstützern im Weißen Haus und anderswo gegangen wäre, hätte der Sturz von Nicolás Maduro an diesem 30. April so begonnen. Aber was mit einfachen Mitteln heroisch inszeniert wurde, verpufft wenig später wie schon in den Wochen und Monaten zuvor seit der Selbsternennung von Parlamentspräsident Guaidó zum Übergangspräsidenten im Januar.² Viele der Soldaten, die Guaidó unterstützten, geben später an, getäuscht worden zu sein. Es sind ohnehin wenige, im Hochformat des Handyvideos täuscht ein knappes Dutzend eine große Menge vor. Ein knappes Dutzend in grünen Tarnanzügen und mit blauem Armband. Sie stehen mit Guaidó und López im Übrigen vor dem Militärstützpunkt. Nicht in ihm.

Im Osten der Hauptstadt Caracas gehen die Unterstützer der Opposition wenig später auf die Straße, die Sicherheitskräfte setzen Tränengas ein, es gibt Verletzte. Aber keinen Massenaufstand. Am Ende des Tages sucht Leopoldo López, verurteilt wegen seiner Aufrufe zur Gewalt bei den Protesten des Jahres 2014,³ in der spanischen Botschaft Unterschlupf. Die Regierung Maduro ist weiter im Amt. Inklusiv aller Probleme und Konflikte. Im Land und international. Die Regierung der USA unterstützt weiterhin offen Guaidó und schreckt dabei auch nicht vor Falschmeldungen zurück, wie der, dass auf dem Rollfeld des Flughafens vor den Toren von Caracas gestanden habe, um Nicolás Maduro nach Kuba zu bringen. Das sei von Russland verhindert worden, so US-Außenminister Mike Pompeo live auf CNN.⁴ Sein venezolanischer Amtskollege weist dies umgehend als Falschmeldung zurück.⁵

1 <https://twitter.com/jguaido/status/1123161692219686912>

2 Vgl. Helge Buttkereit, Richtige und falsche Demokratie, in: Hintergrund 1/2019 (<https://www.hintergrund.de/politik/welt/richtige-und-falsche-demokratie/>)

3 Vgl. Helge Buttkereit, Ein Störenfried mit vielen Problemen, in: Hintergrund 3/2014

4 <https://edition.cnn.com/videos/politics/2019/04/30/mike-pompeo-venezuela-maduro-sot-tsr-vpx.cnn/video/playlists/cult-of-putin/>

5 <https://twitter.com/jaarreaza/status/1123347791307317249>

Nicht nur die Episode des Putschversuchs vom 30. April 2019 zeigt: Während 2002 noch minutiös anhand von Regierungsdokumenten herausgearbeitet werden musste, wie die USA den Putsch gegen Hugo Chávez unterstützten⁶, steht die Regierung Trump offen wie selten zuvor hinter den Putschisten. Neben Pompeo tun sich am 30. April besonders John Bolton und Vizepräsident Mike Pence hervor, der kurz nach Guaidós Tweet seine Unterstützung erklärt.⁷ Bolton wiederum ruft führende Militärs offen zum Seitenwechsel und zur „Entfernung Maduros“ auf, denn wenn sie an seine Seite blieben, „gehen sie mit dem Schiff unter“⁸. Flankiert werden die Falken in der US-Regierung auch von Bundesaußenminister Heiko Maas, der Ende April Lateinamerika besucht, sich unter anderem mit den rechten Präsidenten Brasiliens und Kolumbiens trifft und weiterhin Guaidó stützt. Die Bundesregierung setze auf Neuwahlen, es solle eine politische, keine militärische Lösung geben⁹, schreibt Maas noch während des Putschversuchs.

Die Medien machen bei der Inszenierung der Putschisten und der US-Regierung mit. ARD-Korrespondentin Xenia Böttcher¹⁰ spricht in den Tagesthemen¹¹ von „Straßenkämpfen“ und lässt Guaidó und seine Anhänger ausführlich zu Wort kommen. Sie wollten Freiheit und würden nicht aufhören, dafür zu kämpfen. Der Begriff Putsch kommt erst ins Spiel, als Böttcher die Gegenseite, die Unterstützer Maduros, noch kurz zu Wort kommen lässt. Diese spreche von einem Putsch. Das Wort fällt im Beitrag zum ersten Mal. Dass die die Regierung gleichzeitig Massen ins Zentrum von Caracas mobilisieren kann, wird nicht erwähnt. Auch im Korrespondentengespräch berichtet Böttcher aus der Sicht der Putschisten und spinnt noch Verschwörungstheorien: „Die einfachen Soldaten werden, so sagt man, vom kubanischen Geheimdienst kontrolliert“. Quellenangabe Fehlanzeige.¹²

Auch die führenden US-Medien wie CNN und Fox News spielen mit. Sie zeigen nicht, dass der Putsch offenkundig ein Betrug gewesen sei. Ein Betrug, der auf den Hoffnungen der US-Regierung beruhte, die Venezolaner und die Militärs fallen auf den Trick rein, dass ein wirklicher Putsch im Gange sei. So fasst es der US-Journalist Dave Lindorff in seiner Medienkritik zusammen.¹³ Beispielsweise hätten Medien wie CNN davon gesprochen, Guaidó hätte vor tausenden Anhängern gesprochen ohne sie zu zeigen. Es gab sie nicht.¹⁴

Auch am 30. April ist den den USA und Guaidó nicht gelungen, das Militär in Venezuela oder den harten Kern der Unterstützer zu einem Übertritt zu überzeugen. Trotz Krise und großen Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs strömten auch an diesem Tag viele Anhänger der Regierung zum Präsidentenpalast Miraflores, um Maduro und seine Regierung zu verteidigen. Bei aller Kritik an der Regierung, aufgrund die imperialistische Politik der USA wird sie auch von vielen Kritikern unterstützt – zumindest gegen die Bedrohung von Außen.

So kehrt sich die Unterstützung Guaidós gegen den vermeintliche Diktator ins Gegenteil, wird der im Mai 2018 wiedergewählte Präsident Maduro – bei Boykott der radikalen Teile der Opposition – durch die massenhafte Unterstützung in den Straßen legitimiert. Die zivil-militärische Union, die Hugo Chávez nach seinem gescheiterten Putschversuch 1992 aufbaute und nach dem Beginn seiner Präsidentschaft vertiefte¹⁵, bleibt damit trotz aller Probleme und Anfechtungen ein Garant für den

6 Immer noch lesenswert: Eva Golinger, Kreuzzug gegen Venezuela, Frankfurt 2006

7 <https://twitter.com/vp/status/1123222613273321472>

8 <https://twitter.com/AmbJohnBolton/status/1123298012145516545>

9 <https://twitter.com/AuswaertigesAmt/status/1123258805855367169>

10 Vgl. Venezuela: Manipulation mit Staatsvertrag, in: Hintergrund 1/2019 (<https://www.hintergrund.de/hintergrund/manipulation-mit-staatsvertrag/>)

11 <http://mediathek.daserste.de/Tagesthemen/tagesthemen/Video?bcastId=3914&documentId=62397624>

12 Vgl. die ausführliche Analyse der Berichterstattung in den Nachdenkseiten: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=51394>

13 <https://fair.org/home/failed-coup-a-fake-corporate-news-story-designed-to-trick-venezuelan-soldiers-and-us-public/>

14 Vgl. auch <https://www.thenation.com/article/venezuela-coup-media-guaido/>

15 Vgl. Hugo Chávez/Ignacio Ramonet, Mein erstes Leben, Berlin 2015, S. 313 und öfter

Bestand der Regierung in Venezuela. Der kanadische Publizist und Aktivist Arnold August spricht gar davon, dass der Widerstand der Bolivarischen Revolution, wie der Prozess in Venezuela seit dem Amtsantritt von Hugo Chávez heißt, gegen den politischen und ökonomischen Krieg der USA eines der heroischsten Kapitel in Lateinamerika seit dem zweiten Weltkrieg sei.¹⁶

Auch Vertreter der Basisbewegungen wie Andreina Pino, eine lokale Aktivistin der Revolutionären Strömung Bolívar und Zamora, verweisen auf diese Verbindung zwischen dem Militär und den Menschen in den Armutsvierteln. Maduro sei derzeit der Anführer des bolivarianischen Prozesses. Die Gegner verstünden nicht, dass es nicht um den Präsidenten sondern um ein politisches Projekt gehe. Die Opposition erkenne den Chavismus nicht als politisches Subjekt an, ergänzt der Soziologe Marco Teruggi, der in Caracas lebt. Damit können sie die Menschen nicht verstehen, die trotz Krise weiter hinter der Regierung stehen. „Sie verteidigen dieses Projekt, das heute Schläge einstecken muss, das aber nach wie vor das einzige Projekt ist, das den popularen Klassen ein anderes Schicksal geboten hat als das, zu dem es immer verurteilt war — Armut, Arbeitslosigkeit, Ausschluss und Ausgrenzung“, so Teruggi.¹⁷

Der Chavismus brachte nach dem Amtsantritt von Hugo Chávez als Präsidenten im Jahr 1999 Licht in die Armutsviertel, brachte Ärzte, Elektrogeräte, Computer. Gleichzeitig ermutigte er zur Selbstorganisation. „Wir haben keine Angst mehr vor denen, die Schlips und Aktenkoffer tragen“, sagte einmal ein Basisaktivist aus dem Barrio Setenta, einem Armutsviertel in Caracas dem Autor vor neun Jahren.¹⁸ Dieser Satz sagt viel über das politische Bewusstsein der einfachen Venezolaner, die bis 1999 abgehängt und in prekären Verhältnissen lebten. Sie haben sie noch nicht überwunden und sind in der Krise zurückgeworfen worden. Während die Regale in den Vierteln der Reichen voll sind, es in den Supermärkten zu hohen Preisen genug zu kaufen gibt, müssen sich die Bewohner der Barrios durchschlagen und jeden Tag sehen, wie sie in einem Umfeld von Hyperinflation und Versorgungsgespässen sich und die Familie ernähren.

Der Putschversuch vom 30. April hat aber erneut klar gemacht, dass ein Präsident Juan Guaidó für das seit und durch Hugo Chávez organisierte Volk keine positive Wende der Krise im Land bedeuten würde. Nur wenige Stunden nach der Inszenierung in der Morgendämmerung, haben Guaidós Anhänger die Zentrale einer Kommune im Südwesten von Caracas in Brand gesetzt, den Ort, an denen Versammlungen stattfanden und in dem zudem das Textilunternehmen der Kommune saß, mit dessen Einnahmen lokale Projekte finanziert wurden.¹⁹ „Wieder einmal beginnen faschistische Angriffe auf die Kommunen“, sagt die Aktivistin Atenea Jiméncz von Nationalen Netzwerk der Kommunardinnen und Kommunarden. Aber auch von staatlicher Seite bekommt die Selbstorganisation vor Ort Gegenwind. Kommune-Aktivisten aus dem Bundesstaat Portuguesa beispielsweise waren Anfang des Jahres zwei Monate inhaftiert, nachdem sie eine Fabrik besetzt hatten, die sich weigerte, mit lokalen Produzenten zusammen zu arbeiten.

Die Organisation der Basis in Venezuela hat sich in den vergangenen Jahren von der mal gut, mal weniger gut funktionierenden Selbstorganisation im lokalen Umfeld verlagert. Die sogenannten kommunalen Räten (Cosejos Comunales) die Kommunen sind vielerorts von der Verteilungsorganisation der CLAP (Komitees für die Versorgung und Produktion von Lebensmitteln) marginalisiert worden. Diese Komitees verteilen importierte Waren – oft nur an die Unterstützer der Regierung. Sie nutzen teilweise Strukturen der (ehemaligen) Selbstorganisation. Dabei übergangen sie die lokalen Produzenten, kritisiert Atenea Jiminéncz. Es gibt weiterhin viele Organisationen vor Ort, die versuchen eine eigene Produktion aufzubauen, was in dem Erdölland

16 <https://venezuelanalysis.com/analysis/14483>

17 <https://amerika21.de/analyse/224821/venezuela-chavismus>

18 Helge Buttke, „Wir haben keine Angst mehr“. Interviews, Reportagen und Analysen zum bolivarianischen Venezuela, Bonn 2011, S. 53

19 Der aktuelle und der folgende Absatz stützen sich auf <https://amerika21.de/analyse/226391/venezuela-krise-aus-sicht-der-kommunen>

Venezuela mit der Tendenz zu billigen Importen äußerst schwierig ist. Denn neben dem Problem, dass Importe oft billiger sind als selbst zu produzieren und es in der Krise ohnehin an allem mangelt, steht auch noch die weit verbreitete Rentenkultur einer Veränderung im Weg. Viele sagten sich: „Wenn wir nichts kriegen, können wir nichts machen“, fasst ein weiterer Aktivist der Revolutionären Strömung Bolívar und Zamora eines der Grundprobleme des heutigen Venezuelas zusammen.

Der Staat stand und steht der Selbstorganisation skeptisch gegenüber, stellen doch klientelistische und assistentialistische Strukturen wie die Warenverteilung durch die CLAP eher eine Möglichkeit dar, das Volk abhängig von der eigenen Politik zu machen. Ein selbstorganisiertes Volk hingegen lässt sich nicht einfach steuern. Zum Beispiel im ländlichen Paéz im Bundesstaat Apure. Angeführt wird die Bewegung vor Ort von einem kritischen Chavisten, der es erst nach mehreren Versuchen und Protesten vor Ort auf die Wahlliste geschafft hat. Nun ermächtigt der Bürgermeister als Parteimitglied der regierenden Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) die Bürger von Paéz zur Selbstermächtigung. Gemeinsam wollen sie Antworten auf die Krise auf Basis der eigenen Ressourcen zu finden. So sind in Paéz mittlerweile unter anderem ein Lebensmittelwerk, ein Schlachthaus und eine Recyclingfabrik entstanden.²⁰

Für die Versorgung der Bevölkerung als sind diese Beispiele von der Basis derzeit marginal. Der Soziologe Malfred Geirig fasst zusammen: „Die venezolanische Wirtschaft ist seit 2014 um über 50 Prozent geschrumpft, wobei die Importe von 66 Milliarden US-Dollar im Jahr 2012 auf rund 12 Milliarden im Jahr 2017 gefallen sind. Die Entscheidung der Regierung im Jahr 2016, die Importe zu kürzen um das Defizit in der Leistungsbilanz zu decken, während die Zahlung von Auslandsschulden fortgeführt und keine neuen Quellen zur Außenfinanzierung gefunden wurden, hat die Wirtschaft merklich erschüttert.“²¹ Aufgrund der Wirtschaftskrise fehlt es in Venezuela an Gütern des täglichen Bedarfs, an Medikamenten oder ärztlichen Geräten. Neben dem niedrigen Ölpreis sind für die Verschärfung der Krise in den vergangenen zwei Jahren insbesondere die Wirtschaftssanktionen der USA verantwortlich.

Das analysieren auch der Venezuela-Experte Marc Weisbrot und der Wirtschaftsprofessor Jeffrey Sachs, der unter anderem Direktor des Netzwerks „Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen ist. Sie kommen in einer im April veröffentlichten Studie unter anderem zu dem Schluss, dass durch die Sanktionen in Venezuela etwa 40.000 Menschen ums Leben gekommen sind.²² Damit handele es sich um eine kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung, die nach der Genfer Konvention und der Haager Landkriegsordnung verboten sind – beide Verträge sind von den USA unterzeichnet worden.²³

Wie zur Bestätigung der Vorwürfe veröffentliche das US-Außenministerium Ende April eine Art Erfolgsliste, in der das eigene Handeln und dessen Folgen zusammengefasst wurden. Hierin verwies das Ministerium darauf, dass die Erdöl-Förderquote in den ersten beiden Monaten des Jahres 2019 auf 763.000 Barrel täglich gesunken ist und zudem noch viele venezolanische Tanker nicht gelöscht werden könnten.²⁴ Das verschärfe die ohnehin katastrophale Situation und werde zu weiteren Toten führen, so Marc Weisbrot nach der Veröffentlichung der Liste. Sie enthält auch die Auflistung von geleisteten Hilfsleistungen der USA in Höhe von 256 Millionen und geplanten weiteren 20 Millionen Dollar. Gleichzeitig ist von 3,2 Milliarden Dollar an eingefrorenem Vermögen in den

20 <https://venezuelanalysis.com/analysis/14487>

21 <https://amerika21.de/analyse/225119/zukunft-ohne-erdoel>

22 Vgl. Marc Weisbrot/Jeffrey Sachs: Economic Sanctions as Collective Punishment: The Case of Venezuela (<http://cepr.net/images/stories/reports/venezuela-sanctions-2019-04.pdf>), S. 4

23 Vgl. a.a.O. S. 1.

24 <https://thegrayzone.com/wp-content/uploads/2019/05/US-Department-of-State-Venezuela-actions.pdf>

USA die Rede. Die Liste des Außenministeriums stand wenige Tage online, dann wurde sie wieder gelöscht.²⁵

Im Februar versuchten die USA medienwirksam und unterstützt von rechten Politikern und Prominenten wie Richard Branson sowie einem groß angekündigten (aber dafür schlecht besuchtem) Konzert direkt an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze, einige Hilfsgüter ins Land zu bekommen. Davon wurde auch in Deutschland breit berichtet. Dass China, Russland und das Rote Kreuz Hilfslieferungen ins Land bringen jedoch eher weniger, der Sprecher des deutschen Außenministeriums Rainer Breul behauptete Anfang April gar, es gäbe überhaupt keine Hilfen für Venezuela.²⁶ Dem widerspricht die Regierung. China, Russland und das Rote Kreuz hätten gemeinsam insgesamt 166 Tonnen Medikamente und medizinisches Zubehör geliefert, sagt Venezuelas Gesundheitsminister Carlos Alvarado.²⁷

Dass die US-Sanktionen massiv wirken und damit die humanitäre Hilfe bitter nötig ist, hat seinen Hintergrund in der Ölabhängigkeit der venezolanischen Ökonomie. Seit den 1920er Jahren leben die Venezolaner größtenteils von der Abschöpfung der Ölrente, was die Entwicklung eines eigenen produktiven Sektors hemmte.²⁸ Weit über 90 Prozent der Devisen stammen heute aus dem Erdölexport.

Politische Kämpfe im Land, auch die Bolivarische Revolution und jetzt der verschärfte Kampf zwischen Regierung und Opposition sind Kämpfe ums Öl.²⁹ Es geht darum, wer das Öl aus dem Boden holt und wer die Gewinne einsteckt. Unter Chávez konnten mit den sprudelnden Ölmilliarden unter anderem Sozialprogramme finanziert werden. Das war ein Grund für die Ärmsten im Land, ihn zu unterstützen bzw. umgekehrt: Große Teile des Volkes wählten Chávez, um endlich auch von der Ölrente zu partizipieren. Auch deswegen stehen viele bis heute hinter der Regierung. Dass die Sozialprogramme gleichzeitig die politische und teilweise auch ökonomische Selbstorganisation beförderten, ist Teil dieser komplexen Geschichte. Ebenso ist darauf zu verweisen, dass die einseitige Abhängigkeit der Länder der Peripherie von Rohstoffen und damit von der Abnahme durch die Länder des Zentrums Teil imperialistischer Politik ist. Konkret hängt die venezolanische Wirtschaft davon ab, dass ihr die USA das Erdöl abkaufen.³⁰ Eine Stabilisierung des Landes ist ob der Erdölabhängigkeit in Zeiten niedriger Ölpreise sowie bei maroden Förderanlagen im Land schwierig. Solange die Sanktionen greifen, ist sie allerdings unmöglich, schreiben auch Sachs und Weisbrot.³¹

Ein Ausweg ist weiterhin nicht in Sicht. Der emeritierte Soziologieprofessor Edgardo Lander, der zu den kritischen Chávisten zählt, sieht zwei Möglichkeiten: entweder eine gewaltsame Eskalation oder eine Lösung durch Verhandlungen. „Sowohl Regierung als auch Opposition verfolgen eine Politik des Alles oder Nichts. Das Ziel besteht darin, den jeweils anderen politisch auszulöschen. Dies aber ist ohne Gewalt undenkbar. Die Bedingungen dafür, dass eine Seite freiwillig aufgibt, sind nicht gegeben.“ Lander und mit ihm eine größere Zahl weiterer Intellektuelle fordern als

25 <https://thegrayzone.com/2019/05/06/us-state-department-publishes-then-deletes-sadistic-venezuela-hit-list-boasting-of-economic-ruin/>

26 <https://www.youtube.com/watch?v=q72Ah06d4Pg>

27 <https://www.telesurenglish.net/news/China-Delivers-71-Tons-of-Humanitarian-Aid-to-Venezuela-20190514-0005.html>

28 Vgl. hierzu und den folgenden Ausführungen Stefan Peters, Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela. Aufstieg und Fall der Bolivarischen Revolution von Hugo Chávez, Stuttgart 2019

29 Vgl. Helge Buttke, Das venezolanische Dilemma, in: Hintergrund 3/2017

30 Vgl. <https://www.rubikon.news/artikel/das-eigentor>, ausführlicher Michael Hudsons umfassende Analyse aus den 1970er Jahren, die unter dem Titel „Finanzimperialismus. Die USA und ihre Strategie des globalen Kapitalismus“ 2017 auch auf Deutsch erschienen ist.

31 Weisbrot/Sachs: Economic Sanctions as Collective Punishment, S. 21.

Lösung ein Referendum mit der Frage, ob alle staatlichen Gewalten neu gewählt werden sollten. Als Vermittler könnte demnach die UNO auftreten.³²

Ob ein solches Referendum, ob Neuwahlen – mit welchen Kandidaten auch immer – die Lösung aus dem Dilemma bringen, ist offen. Schließlich stehen die Interessen gegeneinander – vor allem die Interessen, die Ölvorkommen in Venezuela zu kontrollieren und damit die eigene Politik und das eigene Klientel zu finanzieren. Wichtig wäre ein neuer Weg weg von der Erdölabhängigkeit, was aber viel leichter geschrieben denn getan ist zumal vor dem Hintergrund der Sanktionen. Russland und China haben ein Interesse daran, dass die Regierung Maduro im Amt bleibt, schon damit Venezuela die Kredite weiter bedient. Kredite werden meist in Form von Erdöl bezahlt, was den Handlungsspielraum der Regierung weiter einschränkt.

Die Politik der Regierung wiederum zielt bisher vor allem auf dem Währungsmarkt und wirkt eher wie eine Schockpolitik im Geiste des Neoliberalismus. Damit könne sie zwar die Inflation bremsen, das ziehe aber immense soziale Kosten nach sich, sagt der venezolanische Ökonom und ehemalige Minister Luis Salas.³³ Statt weiterhin dem Schuldendienst Priorität einzuräumen, müsse die Regierung lokal investieren und die Steuern insbesondere auf Benzin und höhere Einkommen erhöhen, sagt Malfred Geirig.³⁴ Diese Politik benötigt gleichzeitig Fortschritte bei der „Ent-Dollarisierung“ der Weltwirtschaft, wofür Venezuela starke Partner bräuchte. Unter anderem wäre der Aufbau einer Alternative zur Weltbank nötig, sagt der US-Ökonom Michael Hudson, Experte für den Finanzimperialismus der USA. Er beschreibt die aktuelle venezolanische Politik als ein Teil eines neuen Weges weg vom Dollar.³⁵

Für Guaidó und seine radikalsten Unterstützer in den USA, zu denen vor allem Pence, Pompeo und Bolton zählen, ist eine Militärintervention der USA weiterhin eine Option, um die zerfallene Situation in seinem Sinne zu lösen. Auch wenn er im Mai eigene Vertreter zu Verhandlungen mit der Regierung nach Norwegen schickte, bislang haben die federführenden Kräfte der Opposition noch jede Vereinbarung entweder wie 2018 kurz vor ihrer Unterzeichnung platzen lassen oder zumindest nicht eingehalten.

Anfang Mai bat Guaidó über seinen „Botschafter“ in den USA den Kommandeur des südlichen Kommandos der Vereinigten Staaten (Southcom) um ein Treffen, um strategische Fragen der Kooperation zu besprechen.³⁶ Die militärische Option soll offenbar auf dem Tisch bleiben, auch die Stürmung der venezolanischen Botschaft in Washington durch US-Sicherheitskräfte ist ein deutliches Zeichen. Die USA halten eine permanente Drohung gegen die venezolanische Regierung aufrecht. Für Guaidó ist das die Versicherung der eigenen Freiheit. Denn ohne Unterstützung der USA säße er als gescheiterter Putschist trotz all der heroischen Inszenierung vermutlich längst im Gefängnis. Auch damit wäre die Krise nicht gelöst.

Helge Buttkereit ist Historiker und Politikwissenschaftler. Er schreibt seit vielen Jahren regelmäßig über aktuelle Politik in Lateinamerika und ihre Hintergründe.

32 <https://www.rosalux.de/publikation/id/40325/an-einem-abkommen-fuehrt-kein-weg-vorbei/>

33 <https://venezuelanalysis.com/analysis/14445>

34 <https://amerika21.de/analyse/225119/zukunft-ohne-erdoel>

35 <https://www.rubikon.news/artikel/das-eigentor>

36 <https://twitter.com/carlosvecchio/status/1127911954474049537>